

Frank Deppe

Nach den Gewerkschaftstagen

1.

Nicht nur die britische Königin Elizabeth II. und der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, haben 1992 als ein "schreckliches Jahr" erfahren. Schon die Aufzählung jener weltpolitischen und nationalen Ereignisse, die über die Medien als Alltäglichkeit bzw. Normalität von Krieg, Krise und Elend, Verletzung von Menschenrechten usw. reflektiert werden, würde den Rahmen eines Kommentars sprengen. "Madame Geschichte" ist schon eine Sphinx und ihren Akteuren dreht sie oft genug - wie Rosa Luxemburg einmal bemerkte - eine Nase. Viele Linke hatten sich selbstkritisch geschworen, ihre früheren Krisendiagnosen und -prognosen (und deren gesellschaftstheoretische Basisprämissen) - oft genug gebetsmühlenartig wiederholt - erst einmal zu archivieren, besser noch: in Ruhe kritisch zu überprüfen.

Doch nunmehr werden sie von den Konservativen belehrt, daß die Welt aus den Fugen geraten ist. Michael Stürmer befürchtet, daß die Zeit der "Anpassungskrisen" vorbei sei: "Die Hoffnungen 1989 gerieten zur Glücksstimmung 1990. Dem folgte 1991 der Wirklichkeitsschock an Golf und Adria. 1992 kamen Ratlosigkeit und Rezession. 1993 aber wird das definitive Jahr. Ob Rußland oder Nordamerika, ob Westeuropa oder Osteuropa: was jetzt zum Besseren oder Schlimmeren sich wendet, wird lange wirken" (FAZ, 31. 12. 1992). Die liberale Lesart von Theo Sommer lautet so: "Im Jahre 1990 herrschte Aufbruchsstimmung; 1991 war geprägt von bangem Erstaunen, daß die Dinge nicht reibungslos vorangehen wollten; 1992 endete im Osten wie im Westen des Kontinents in Schrecken und Erschrockenheit" (Die Zeit, 1.1.1993).

2.

Für die Gewerkschaften standen die ersten Monate des Jahres 1992 im Zeichen einer harten Lohnauseinandersetzung. Die Sicherung der Einkommen der abhängig Beschäftigten - vor allem die der sog. "unteren Lohngruppen" und der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes - konnte nur durch massiven Streikdruck durchgesetzt werden. Dabei wurde schon deutlich, daß die "soziale Frage" und die Verteilungskämpfe in der Gegenwart in äußerst komplexe Widerspruchskonstellationen eingebettet sind: Die Kluft zwischen den Lebensverhältnissen in Ost- und Westdeutschland vertieft sich; die Arbeitsbedingungen sowie die Interessenlagen differenzieren sich zwischen verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen zunehmend aus; die Verschuldung der öffentlichen wie privaten Haushalte ist

weiter angestiegen - die "Kosten der deutschen Einheit" (zugleich Kosten einer falschen Politik) haben erheblich zugenommen und reduzieren die Handlungsspielräume der Politik.¹

Diese Konstellation begründet einerseits den harten Widerstand der öffentlichen und privaten Arbeitgeber gegen die gewerkschaftlichen Lohnforderungen und belebt das abgestandene Argument, daß die überzogenen Ansprüche und Forderungen der Lohnabhängigen die Krise verursacht haben. Auf der anderen Seite wurden im Verlaufe des Jahres 1992 die Weichen für eine Blockbildung zwischen CDU/CSU und SPD gestellt - gleichsam als Ouvertüre zu einer Großen Koalition nach der Bundestagswahl 1994. Vor dem Hintergrund des mehr oder weniger offenen Eingeständnisses, daß die bisherige Politik des Anschlusses der ehemaligen DDR mit ihrer naiven und triumphalistischen Marktphilosophie gescheitert ist, soll die grundgesetzändernde Mehrheit, die sowohl für die Änderung des Asylrechtsartikel 16 des Grundgesetzes als auch für die Out-of-Area-Einsätze der Bundeswehr benötigt wird, zu einem nationalen "Solidarpakt" ausgebaut werden. Der Druck in diese Richtung wird einerseits durch die Welle rechtsextremer und rassistischer Gewalt in Deutschland, aber auch durch die sog. "Politikverdrossenheit" wachsender Teile der Wählerschaft verstärkt. Die Ankündigung einer neuen Industriepolitik ("Erhaltung industrieller Kerne im Osten") soll offenbar die Bereitschaft von SPD und Gewerkschaften fördern, einem neuen und gewaltigen Schub der Sozialdemontage sowie einem Moratorium bei der Einkommensentwicklung in Westdeutschland zuzustimmen.

Schließlich hat sich bis zum Jahresende 1992 der Abwärtstrend der internationalen wie der nationalen Wirtschaft verstärkt. Die Weltmarktrezession, der Deutschland infolge des "Einigungsbooms" von 1990/91 zu entgehen schien, hat nunmehr auch die deutsche Wirtschaft - und dabei insbesondere die auf die westlichen Märkte orientierten Exportindustrien wie die Automobilindustrie und den Maschinenbau - voll erfaßt. Die gewerkschaftliche Tarifpolitik des Jahres 1993 wird daher nicht allein durch die gesellschaftspolitischen Debatten über den nationalen "Verzichts"-Pakt a priori auf die Anklagebank versetzt. Gleichzeitig sorgt der rapide Anstieg der Massenarbeitslosigkeit - schon jetzt auf ca. 5 Millionen - dafür, daß jenes soziale Klima der Angst und der Entsolidarisierung sich verstärkt, das in Krisenzeiten stets noch gewerkschaftliche Durchsetzungsmacht unterminiert hat.

3.

Auf den ersten Blick erscheinen die Debatten, Beschlüsse und personalpolitischen Entscheidungen der Gewerkschaftskongresse der bislang - im DGB-Spektrum - eher linken Gewerkschaften (IGM, HBV, IG Medien,

¹ Vgl. dazu die Beiträge in Z 11, September 1992.

DPG) nicht gerade spektakulär. Auf der Linie ihres traditionellen Politikverständnisses bewegten sich die Beschlüsse, die gegen die "Petersberger Wende" der SPD-Führung in der Asylfrage sowie bei zukünftigen Einsätzen der Bundeswehr Position bezogen. Bei den Vorstandswahlen setzten sich z.T. Kolleginnen und Kollegen durch, die in der Vergangenheit zu den prominenten Repräsentanten des linken Gewerkschaftsflügels zählten.

Die Unsicherheit, die heute allenthalben über die Zukunft der gesellschaftlichen wie der politischen Entwicklung - und dabei natürlich auch über den politischen Kurs der Gewerkschaften - vorherrscht, spiegelte sich auch in den Debatten. Bei der Gewerkschaft HBV wurde der Modernisierungskurs - insbesondere des Vorsitzenden - heftig kritisiert. Bei der IG Medien kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Forderung nach Abberufung des DGB-Vorsitzenden Meyer (wegen dessen Äußerungen zum Einsatz der Bundeswehr) sowie über die Haltung des Vorstandes zum "Solidarpakt". Die Delegierten der IG Metall schwankten zwischen der Bekräftigung traditioneller Positionen und der Hingabe an ihren Vorsitzenden, der die Notwendigkeit beschwor, durch die Mitwirkung am "Solidarpakt" Gestaltungskompetenz - vor allem im Hinblick auf die Überwindung der sozialen Katastrophe im Osten Deutschlands - zu erwerben. Eine gründliche Auswertung der Tarifrunde '92, eine kontroverse Debatte über ein wirtschafts- und sozialpolitisches Alternativprogramm, eine strategische Aufarbeitung der internationalen Krise des "neokonservativen Projektes" (und der darin eingeschlossenen Möglichkeit zu einer gewerkschaftspolitischen Offensive) fand nicht statt.

4.

Für die Presse geht es bei strategischen Kontroversen in den eher linken Gewerkschaften um einen historischen und richtungsweisenden Konflikt zwischen "Modernisierern" und "Traditionalisten" (vgl. dazu die Kontroverse zwischen Schabedoth/Schröder und Lang/Schauer in der Frankfurter Rundschau vom 7. bzw. vom 13. November 1992). Die einen erscheinen als konservative Betonköpfe, als lernunfähige Anhänger überholter Orientierungen, eines "linken Fundamentalismus", der sich nicht aus der Fixierung an Kapitalismuskritik, Klassengegensatz von Kapital und Arbeit oder gar an - wie immer verschwommene oder beschädigte - Sozialismus-Visionen freimachen kann. Sie hängen einem moralisierenden Politikbegriff an, der sich aus geschichtlichen Traditionen des Kampfes der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung - vor allem des antifaschistischen Widerstandes - und auch aus der Erfahrung jener politischen und tarifpolitischen Kämpfe der IG Metall nährt, an denen sie - vom Kampf gegen die Notstandsgesetze bis zum Streik um die 35-Stunden-Woche - selbst aktiv teilgenommen haben. Sie verehren in der IG Metall Kollegen wie Otto Brenner, Willi

Bleicher, Wolfgang Abendroth, Georg Benz und Hans Preiss²; aber - so die Kritik - sie sind unfähig, heute einen konstruktiven "Beitrag zu einem zukunftsweisenden gesellschaftlichen Konsens" bzw. zu einer "liberalen politischen Kultur" (Schabedoth/Schröder) zu leisten.

Die "Modernisierer" hingegen wännen sich auf der Höhe der Zeit und ihres Geistes. Der Abschied von allen Ideologien und Dogmen (obwohl die Gegenwart sich u.a. durch eine geradezu erschreckende Renaissance reaktionärer Ideologien auszeichnet), der damit verbundene Abschied von Subjektphilosophien und allen gesellschaftstheoretischen "Großsystemen" erleichtert die Akzeptanz eines post-modernen Pragmatismus, der - auch für die Gewerkschaften - nicht mehr die "soziale Frage" in modernen kapitalistischen Gesellschaften, sondern einen (offenbar nicht durch soziale Polarisierung und Konflikt beeinträchtigten) "neuen demokratischen und parteiübergreifenden Konsens", der namentlich die Menschenrechtspolitik ins Zentrum rückt, zum Orientierungspunkt der gesellschaftspolitischen Programmatik erhebt (Schabedoth/Schröder). Dieser Denkweise wird vorgehalten, sie laufe nicht allein - in den aktuellen politischen Debatten - der "Petersberger" Rechtswendung der SPD-Spitze hinterher, sondern gehe letztlich darauf hinaus, "die ohnehin schon bedenkliche Auszehrung der Politik und ihrer Bindekraft durch ihre weitere Traditions- und Richtungszerstörung noch voranzutreiben. Modernisierung wird zum Fetisch, abseits von Moralität und Rationalität" (Lang/Schauer).

5.

Der historisch besondere Charakter dieser Debatte besteht vorab nicht darin, daß er nach dem traditionellen Raster von Rechts-Links-Formationen in den DGB-Gewerkschaften zu begreifen ist. Die Inhalte und Formen dieses Streits sind doppelt bestimmt: Zum einen geht es in der Tat um eine Neubestimmung gewerkschaftlicher Politik in der welthistorischen Konstellation eines epochalen politischen und geistigen Umbruchs. Zum anderen jedoch reflektiert sich in diesem Streit die Krise der Position von linken Intellektuellen in der politischen Kultur Deutschlands, die in den 80er Jahren begann, sich jedoch seit 1989/90 geradezu dramatisch zugespitzt hat. Zumal in den Gewerkschaften wirkten Intellektuelle weniger als "organische Intellektuelle" (im Sinne Gramsci's), sondern eher als "konzeptive Ideologen", deren wichtigste Aufgabe darin bestand, im Sinne einer Vermittlung zwischen Politik (gewerkschaftliche Interessenvertretung und Strategieformulierung) und Wissenschaft - hier vor allem einer sowohl empirisch als auch theoretisch orientierten, kritischen Sozialwissenschaft - tätig zu sein.

² Mindestens bis zum Jahre 1983 galt der Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall und Nachfolger von Willi Bleicher, Franz Steinkühler, als einer der prominenten Vertreter dieser "Betonfraktion", vgl. dazu M. Wilke, Einheitsgewerkschaft zwischen Demokratie und antifaschistischem Bündnis, Melle 1985, passim.

Der Streit zwischen "Modernisten" und "Traditionalisten" - zumal in den linken Gewerkschaften - artikuliert daher nicht allein das Problematisch-Werden dieser Vermittlung und ihrer Praxisformen. Er ist selbst noch ideologische Form, in der die Krise des - sei's in der Tradition des Marxismus, sei's in der Tradition der Frankfurter Schule stehenden - Projektes kritischer Gesellschaftstheorie und -praxis erkennbar wird. Der spezifische Charakter dieser Debatte - auch einige ihrer psychologischen Dimensionen - wird daher durch den Tatbestand geprägt, daß nicht wenige der "Modernisierer" vor nicht allzu langer Zeit stramme Marxist-Leninisten (oder Sympathisanten) bzw. linksradikale "Spontis" gewesen sind und insofern unvermeidlich (oft unbewußt) die Wendungen und Brüche ihrer eigenen Biographie in die Schärfe ihrer Attacken gegen "die Linke" hineinprojizieren. Auf der anderen Seite finden sich heute auch solche Positionen als "traditionalistisch" klassifiziert, die sich in der Vergangenheit um eine moderne, nicht dogmatische Kapitalismuskritik bemüht haben (daß demnächst auch Jürgen Habermas, der immer wieder solche Positionen der "neuen Linken" inspiriert hat, dem Verdikt der Antiquiertheit - weil nach wie vor der Aufklärung verpflichtet - seines kritischen Denkansatzes ausgesetzt werden wird, steht zu befürchten!).

6.

Einige "Modernisierer" räumen der *neuen* "demokratischen Frage" gegenüber der *alten* "sozialen Frage" einen besonders hohen Stellenwert ein - vor allem auch im Hinblick auf eine programmatische Neubestimmung der Politik und des Selbstverständnisses der IG Metall³ und im Hinblick auf den nationalen Solidarpakt. Im folgenden soll daher an zwei Fallbeispielen illustriert werden, daß der neue Diskurs mit Fallstricken jongliert. Er impliziert biographische und begriffliche Wendungen, die ihrerseits ein ganz neues Politikverständnis andeuten (das ist, wohl gemerkt, durchaus legitim; aber es sollte dann auch als eine solche "Wendung" kenntlich gemacht werden).

- In den Gewerkschaftlichen Monatsheften (11/92, S. 726 ff.) findet sich ein Gespräch mit Prof. Wilhelm Hennis über "Parteientwicklung und Parteiverdrossenheit". Hennis war schon in den 70er Jahren ein politikwissenschaftlicher Vordenker der konservativen "Wende" und hat damals wesentliche Stichworte ("Unregierbarkeit") für die Kampagne von Unternehmern und Konservativen gegen den vermeintlich drohenden "Gewerkschaftsstaat" geliefert.⁴ Die heutige Krise der Politik - so Hennis -

³ Die italienische, ehemals kommunistische Gewerkschaft CGIL ist inzwischen mit ihrer programmatischen Wende (Gewerkschaft nicht mehr der "Klasse", sondern der "Bürger" in der Zivilgesellschaft) gründlich gescheitert. Sie hat sich in "nationalen Solidarpakten" aufgerieben und dabei das Vertrauen nicht nur ihrer Mitglieder, sondern auch der sog. "neuen Schichten" der Arbeiterklasse verspielt.

⁴ Vgl. z.B. W. Hennis u.a. (Hrsg.), Regierbarkeit: Studien zu ihrer Problematisierung, Band 1, Stuttgart 1977.

resultiert aus einer Krise der politischen Eliten ("die politische Klasse will nicht führen, sondern akzeptiert werden"). Denn: "Es ist ein Mißverständnis, daß Politik von unten nach oben wächst ... Nichts hat die Sozialdemokratie so geschwächt wie die Rezeption von unklaren Gedanken der 68er-Generation, nicht zuletzt in bezug auf das, was politische Führung in der Demokratie bedeutet" (S. 733).

Chefredakteur Hemmer fragt artig weiter - kein Widerspruch! Immerhin war er in den 70er Jahren als Ghostwriter an den besten Reden des damaligen DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter gegen die Attacken der Konservativen auf die Gewerkschaften (und ihre wirtschaftsdemokratischen und sozialstaatlichen Forderungen) direkt beteiligt.⁵ Hennis ist seiner Position treu geblieben: Sein Politik- und Demokratieverständnis ist "von oben" konzipiert, elitär und autoritär. Hemmer hingegen wäre beim Funkzionieren einer gewerkschaftlichen Streitkultur gefordert, die Gründe darzulegen, warum er 1. die aus - demokratiethoretischer Sicht - reaktionäre Position von Hennis in den Gewerkschaftlichen Monatsheften publiziert, und warum er 2. als ehemaliger Ghostwriter von H.O. Vetter diese Position ohne jeden kritischen Kommentar stehen läßt. Da Hemmer niemals in den Verdacht geriet, sich mit leninistischen oder anderen linksradikalen Positionen eingelassen zu haben, brauchte er auch keine keine Angst davor zu haben, seine späten - pardon: post-modernen - Sympathien für Arnulf Baring⁶ und Wilhelm Hennis der gewerkschaftlichen Öffentlichkeit darzulegen. Ein wahrhaft lohnender Gegenstand der neuen, gewerkschaftlichen Streitkultur!

- Franz Steinkühler hat in seinem Grundsatzreferat auf dem jüngsten Gewerkschaftstag der IG Metall schon auf der ersten Seite die Demokratie-debatte um einen interessanten Aspekt bereichert. Er sagte: "*Demokratie ist eine Regierungsform* und nicht das Dampfbad des Volksempfindens. Sie braucht diejenigen, die Verantwortung tragen und führen ebenso wie die, die offenbare Irrwege der Politik aufhalten und die Anmaßung der Macht verhindern". Einen Satz vorher hatte er sich emphatisch zu den "humanen Idealen" unserer Vorfäter und -mütter bekannt: "Ihren Idealen - Gerechtigkeit, Freiheit, Demokratie und Solidarität - fühlen wir uns nach wie vor und heute erst recht verpflichtet".

Der Widerspruch, der den inneren Zusammenhang dieser Sätze zerreißt, besteht zunächst einmal darin, daß gemäß den Idealen "unserer Vorfahren" die Demokratie gerade nicht als eine reine *Regierungsform* anerkannt

⁵ Vgl. z.B. H. O. Vetter, Gewerkschaften im Visier der Reaktion, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1974, S. 602 ff.; vgl. z.B. den von U. Borsdorf, H.O. Hemmer u.a. herausgegebenen Band: Gewerkschaftliche Politik: Reform und Solidarität, Köln 1977.

⁶ Ein Gespräch mit Arnulf Baring wurde schon in der Nummer 8/92 der Gewerkschaftlichen Monatshefte veröffentlicht (S. 449). Gilbert Zieburg hat die neuerdings von Baring (Deutschland - was nun? Berlin 1992) oder auch von Brigitte Seebacher-Brandt vertretene (nationalistische) Position als "reaktionär" bezeichnet; Vgl. M. Bonder, B. Röttger, G. Zieburg, Deutschland in einer neuen Weltära, Opladen 1992, S. 11/12 und S. 199/200.

wurde. Einmal abgesehen davon, daß - seit den republikanischen Stadtverfassungen des Spätmittelalters bis heute - eine Vielzahl von demokratischen Regierungsformen (und Verfassungen) existiert; die Demokratietheorie der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung hat sich stets (auch in ihren unterschiedlichen Richtungen) auf die theoretische und praktische Bearbeitung der Frage bezogen, wie die "Selbstregierung des Volkes" (dessen zahlreichster Teil die Klasse der Lohnabhängigen bildet) in einer kapitalistischen Gesellschaft, die sich durch eine ungleiche ökonomische, soziale und kulturelle Machtstruktur auszeichnet, im Kampf um politische Mehrheiten, aber auch durch die institutionelle Machtbalancierung zwischen dem politischen (staatlichen) und dem gesellschaftlichen Raum realisiert werden kann.⁷ Deshalb vertreten zumal die Gewerkschaften die Auffassung, daß die demokratische Regierungsform nur dann die Möglichkeit einer Selbstregierung des Volkes offenhält (und auch gegen ihre Feinde von rechts verteidigt werden kann), wenn durch rätendemokratische Elemente⁸, durch Wirtschaftsdemokratie und Sozialstaatlichkeit einerseits soziale Ungleichheit abgebaut, andererseits Systeme der Kontrolle und Gegenmacht institutionalisiert werden (mit dem Schwerpunkt der Betriebsverfassung), die auch als Bollwerk gegen die Aushöhlung bzw. Ausschaltung der Demokratie wirken können. Dies war die Erfahrung namentlich der Spätphase der Weimarer Republik, die das Demokratieverständnis der westdeutschen Gewerkschaften nach 1945 nachhaltig geprägt hatte. Hans Böckler begründete so die Neuordnungsvorstellungen des DGB im Jahre 1949: "Denn nicht ein weiteres Mal darf es geschehen, daß wirtschaftliche Zusammenballungen, in politische Macht umgesetzt, ein demokratisches Staatsgefüge zerstören, so wie es der deutschen Republik und ihrer Weimarer Verfassung geschah."⁹

Dem mag entgegeng gehalten werden, daß die "demokratische Frage" heute nicht mehr nach dem geschichtlichen Erfahrungsmaßstab der Weimarer Republik gefaßt werden kann. Natürlich haben sich die Beziehungen von Staat/politischer Regulation und Gesellschaft erheblich gewandelt. Die Bedeutung der Medien sowie des Bildungs- und Wissenschaftssystems hat enorm zugenommen. Mit der wachsenden Bedeutung der "Ökologiefrage" hat sich eine Struktur von "Subpolitik" herausgebildet¹⁰, bei der namentlich die Frage der demokratischen Kontrolle von Wissenschaft (Physik, Biologie, Chemie) ein größeres Gewicht bekommen hat. Die Krise des Sozial-

⁷ Vgl. dazu u.a. die klassische - historisch-theoretische - Studie von Arthur Rosenberg, Demokratie und Sozialismus (1937), Frankfurt/Main 1962.

Dieser Bezug ist u.a. nachzulesen bei Fritz Opel/ Dieter Schneider: 75 Jahre Industriegewerkschaft. 1891 bis 1966. Vom DMV zur IG Metall, Frankfurt/Main 1966; vgl. auch z.B. D. Schneider/ R. Kuda, Arbeiterräte in der Novemberrevolution, Frankfurt/Main 1968.

⁹ DGB-Gründungskongreß, München 1949, Protokoll, S. 212; so auch Wolfgang Abendroth, Die deutschen Gewerkschaften (1954), Berlin 1989, bes. S. 96.

¹⁰ Vgl. dazu U. Beck, Risikogesellschaft, Frankfurt/Main, bes. S. 300 ff.; ders., Politik in der Risikogesellschaft, Frankfurt/Main 1991.

staates (bzw. des "sozialdemokratischen Staates") hat zahlreiche Fragen zu einem etatistischen Demokratieverständnis aufgeworfen. Die politischen Debatten der "neuen sozialen Bewegungen" haben letztlich diese qualitative Erweiterung (und Entstaatlichung) des Demokratie- und Politikbegriffes kenntlich gemacht und neue Fragen thematisiert.¹¹ Das sind nur Stichpunkte, die die Aktualität der Debatte andeuten sollen. Dennoch, gerade vor dem Hintergrund dieser neueren Diskussion wird die Gleichsetzung von Demokratie und Regierungsform noch problematischer; denn diese neuen Politikansätze erweitern den Begriff der gesellschaftlichen Demokratisierung, der Machtkontrolle "von unten", der Verteidigung lebensweltlicher Autonomie, der Entwicklung einer demokratischen Alltagskultur usw. erheblich über den traditionellen Begriff der "Wirtschaftsdemokratie" hinaus. Hier liegen denn auch zahlreiche Felder der Gesellschaftspolitik, denen sich die Gewerkschaften zu stellen haben. Es geht eben längst nicht mehr allein darum, *wie* produziert, sondern *was* produziert und konsumiert, wie gelebt wird.

Vielleicht war ja die falsche Verknüpfung von Demokratie=Regierungsform mit den Idealen unserer "Vorfäter und -mütter" (Rosa Luxemburg gehört doch noch dazu?) ein nachlässiges Versehen. Denkbar wäre allerdings auch, daß die Trennung der "demokratischen" von der "sozialen" Frage - und hier liegt das eigentliche Problem eines in der Tat notwendigen Richtungsstreites - einem "Verständnis von Politik" sich verdankt, "nach dem die vorhandenen Institutionen den offenen Rahmen abgeben, innerhalb dessen das Projekt demokratischer Selbstregierung des Volkes sich entfalten kann".¹² Daß nunmehr das von Cornelius Castoriadis verfolgte Projekt einer demokratischen "Revolte gegen das bürokratische Organisationsprinzip"¹³ an der Spitze der IG Metall freudig rezipiert würde, erscheint ziemlich unrealistisch. Eher schon wirkt hier der Ghost eines "Szenarios der autonomen Zivilgesellschaft", das die Chance eröffnet, "das reale Aufbrechen der sozialen Konflikte ... dadurch zu bannen, daß sie öffentlich Foren bereitstellt"¹⁴.

In diesem Szenario bleibt "die Stelle der Macht leer" und der Kampf der Arbeiterbewegung seit dem 19. Jahrhundert wird als Bestreben gedeutet, den "privilegierten Zugang" des männlichen Besitzbürgertums "zur Öffentlichkeit" demokratisch aufzubrechen.¹⁵ Da liegt es natürlich nahe, den

¹¹ Vgl. dazu u.a. J. Hirsch/R. Roth, *Das neue Gesicht des Kapitalismus*, Hamburg 1986; J. Hirsch, *Kapitalismus ohne Alternative?* Hamburg 1990.

¹² U. Rödel u.a., *Die demokratische Frage*, Frankfurt/Main 1989, S. 17.

¹³ Vgl. U. Rödel (Hrsg.), *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt/Main 1990, S. 12.

¹⁴ U. Rödel u.a., *Die demokratische Frage*, S. 108.

¹⁵ Ebd., S. 108/109. Es fehlt hier der Raum, diese historische Interpretation ebenso wie die These von der notwendigen Bannung der realen sozialen Konflikte durch öffentliche Foren kritisch zu kommentieren. Es geht auch nicht darum, das schöne Ideal der Autoren "Selbstregierung des Volkes" in irgendeiner Weise zu denunzieren. Dennoch - auch eine

"nationalen Solidarpakt" als ein solches öffentliches Forum zu verstehen, das endlich auch den Gewerkschaften "Kommunikationsrechte im Sinne eines robusten Diskurses" einräumt. Das "Vaterländische-Hilfsdienst-Erlebnis", das solchen Pakten - heute natürlich als "Pakt der Demokratie" - schon früher vorausging, hätte so nun endlich auch eine demokratietheoretische Fundierung gefunden.¹⁶

Von hier aus folgt natürlich mit einer gewissen Zwangsläufigkeit, daß alle Reste eines "linken Fundamentalismus" in der IGM als Hindernis für die Modernisierung ihres Demokratieverständnisses - in Theorie und Praxis - definiert werden. Den politischen Substanzverlust, den Schabedoth/Schröder dabei in Kauf nehmen, haben Lang/Schauer treffend nachgewiesen.¹⁷ Nicht nur von akademischem Interesse scheint dabei auch die Auseinandersetzung mit einer Leitthese aus der Programmschrift "Die demokratische Frage". Dort wird, nachdem - als "Pappkamerad" - Johannes Agnoli verprügelt wurde, als generalisierende These formuliert: "die an der marxistischen Tradition orientierten Theorien erkennen in den Institutionen des bürgerlichen Verfassungsstaates primär die Funktion, den Willen des Volkes so zu verbiegen, daß er mit den Funktionsinteressen des

idealisierende Demokratietheorie muß daraufhin überprüft werden, wie sie mit den historischen und gesellschaftlichen Fakten ebenso wie mit der Theoriegeschichte verfährt.

¹⁶ Auch Wolfgang Kowalsky (*Rechtsaußen ... und die verfehlten Strategien der deutschen Linken*, Frankfurt/Berlin 1992), Mitarbeiter der Grundsatzabteilung der IG Metall, reiht sich durch seine Abrechnung mit linkem Antifaschismus, Anti-Rassismus und Anti-Nationalismus in die "Kampfgruppe gegen den linken Fundamentalismus" ein. Die intellektuelle Schlichtheit dieses Werkleins ist schon vielfach gewürdigt worden. Der Verfasser überläßt dem Leser die letzte Antwort auf die Frage, ob seine zentrale These (daß nämlich die Linke den Nationalismus nicht bloß denunzieren dürfe, sondern zunächst einmal als Artikulation authentischer Bedürfnisse anzuerkennen habe - eine These, die übrigens eine ernsthafte Diskussion verdient) eher von Carl Schmitt (der schon 1923 verkündete, daß "die Energie des Nationalen größer ist als die des Klassenkampfmythos") oder von der Überhöhung der nationalen Frage durch KPD und SED nach 1945 abgeleitet ist.

¹⁷ Kaum beachtet wurde bislang die folgende Passage von Schabedoth/Schröder: "Die Bundesrepublik hat sich in der Nachkriegszeit zum ökonomischen Riesen entwickelt, ohne weltpolitische Verantwortung tragen zu müssen. An dieser bequemen Situation möchten einige gerne festhalten". Wer die politische Geschichte der BRD seit 1949 und insbesondere die großen Auseinandersetzungen um ihre Außenpolitik - von der Westintegration und Remilitarisierung bis über die Ostpolitik und die Auseinandersetzung um die Raketenstationierung Anfang der 80er Jahre - auch nur oberflächlich kennt, wird solchen Unsinn nicht nachplappern. Es ist völlig absurd, der Außenpolitik und der weltpolitischen Machtposition der BRD (in der Europapolitik, in der Ost-West-Auseinandersetzung, in bezug auf die Dritte Welt usw. usw.) das Etikett der "Verantwortungslosigkeit" anzuhafeln. Ganz im Gegenteil - diese Republik (die schon vor 1989 nicht nur über wirtschaftliche Macht, sondern über eine exzellent ausgerüstete Armee verfügte) hat als "Juniorpartner" der USA und als Hegemonialmacht in Westeuropa eine ganz entscheidende Rolle für die Politik der kapitalistischen Metropolen gespielt. Es geht überhaupt nicht darum, daß Deutschland nun *auf einmal* "Verantwortung" übernimmt. Deutschland war schon vor 1989 - im internationalen Vergleich - eine Großmacht, wenn auch keine "Supermacht". Jetzt geht es darum, ob und wie die erweiterte Macht dieses Staates genutzt, gebändigt, kontrolliert wird. Das ist das Problem - und zwar nicht außen- und militärpolitisch, sondern auch innen- und sozialpolitisch!

Kapitals vereinbar bleibt"¹⁸. Da wird die Erinnerung an einen Satz des Sozialdemokraten Friedrich Stampfer lebendig: "Um ein Antimarxist zu sein - dazu braucht man gar nichts zu wissen!"¹⁹ Es wäre für die Demokratiedebatte in der IG Metall ein Gebot der Redlichkeit wie der Selbstachtung, nicht allein die Beiträge zur Geschichte des DMV (u.a. von Fritz Opel, Dieter Schneider, Rudolf Kuda und Peter von Oertzen), sondern auch die Bedeutung von Karl Korsch, Otto Bauer und Antonio Gramsci, von Hermann Heller und Otto Kirchheimer, von Franz Neumann, Wolfgang Abendroth, Jürgen Seifert, Oskar Negt und André Gorz (um nur einige Namen zu nennen) für die Entwicklung einer Demokratietheorie, die sich auch zur marxistischen Tradition bekannt hat, nicht zu vergessen.

7.

Die Linke in den Gewerkschaften sollte sich nicht auf die platte Zuordnung zum "Lager der Traditionalisten" festnageln lassen. Es wäre sogar ein Zeichen der Schwäche, wenn sie in die strategische Debatte der Gegenwart nichts anderes einzubringen hätte als die Beschwörung von alten Gewißheiten über den Charakter des Kapitalismus, des Gegensatzes von Kapital und Arbeit sowie der notwendigen gewerkschaftlichen Gegenmacht und Kampfbereitschaft. Eine solche Position kann moralischen Respekt erwarten, wenn sie historisch - auch biographisch - gestützt ist. Gleichwohl muß sich die Debatte über die Schutz- und Gestaltungsfunktionen der Gewerkschaften "auf der Höhe der Zeit" bewegen. Die tarif- und betriebspolitische Vertretung der unmittelbaren Interessen der Lohnabhängigen steht nicht allein im Zusammenhang der allgemeinen Erfahrung, daß die kapitalistische Wirtschaft soziale Ungleichheit, Asymmetrien der gesellschaftlichen Machtverteilung, Verunsicherung der sozialen Existenzbedingungen und kulturelle Entfremdung reproduziert. Solche Erfahrungen - und vor allem ihre politische Übersetzung - vermitteln sich eben über Veränderungen der Produktionsweise, der Sozialstruktur und der Lebensweise, der Reichweite politischer Regulation sowie im Medium der Transnationalisierung der kapitalistischen Produktionsweise, globaler sozialer Spannungen und Risikolagen.

Die Forderung nach einer Erneuerung des politischen Mandats der Gewerkschaften²⁰ hat daher mit einem bloß traditionalistischen Rückbezug nichts gemein.²¹ Sie bezieht sich gerade auf die Gegenwarts- und Zu-

¹⁸ U. Rödel u.a., Die demokratische Frage, a.a.O., S. 17.

¹⁹ Aus einer Rede zum 50. Todestag von Karl Marx im Berliner Sportpalast, in: Vorwärts, 28. Februar 1933, S. 2.

²⁰ Vgl. dazu u.a. H. Bierbaum, Korporatistische und autonome Gewerkschaftspolitik. Zum politischen Mandat der Gewerkschaften, in: Z 11, September 1992, S. 73 ff.; Forum Gewerkschaften, Angst vor dem Individuum? Hamburg 1992.

²¹ Die Funktion historischer Analysen könnte freilich darin bestehen, den Zusammenhang von gesellschaftlichen und politischen Krisenperioden mit der Reichweite gewerkschaftlichen Widerstandes zu verdeutlichen. Wenn heute - mit Recht - davon gesprochen wird, daß

kunftsaufgaben der Gewerkschaften, die nicht durch Anpassung, sozialpartnerschaftliche Kooperation und den Verzicht auf gesellschaftspolitische Alternativen (die die Veränderung von gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnissen einschließen) zu bewältigen sind.

- Die Krise des neokonservativen Projektes (national und international) verlangt einen Beitrag der Gewerkschaften zu einer gestaltungsfähigen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Alternative - jenseits der stillschweigenden Anerkennung des Naturcharakters der Marktprozesse.

- Das Zivilisationsmodell der kapitalistischen Zentren der "Triade" kann nur um den Preis globaler politisch-militärischer, sozialökonomischer und ökologischer Katastrophen das vorläufig letzte Wort der Geschichte - nach dem Ende der Systemkonkurrenz - sein. Die Fragen nach einem neuen Wachstums- und Entwicklungstyp, nach der Überwindung einer Produktions- und Lebensweise, die auf Ressourcenvergeudung, Umwelt- und Naturzerstörung beruht, nach neuen - weder marktförmig noch militärisch dominierten - Formen internationaler Kooperation, Sicherheit und Reichtumsumverteilung usw. usf.²² - diese Fragen sind längst zu den strategischen Schlüsselfragen am Ende des Jahrhunderts geworden.

Sollte sich allerdings der Kampf gegen den "linken Fundamentalismus" in einigen Gewerkschaften (in der IG Chemie z.B. gibt es dafür wohl keine Basis mehr) zum Hauptfeld der Strategiedebatte entwickeln, dann würde jener Zustand der politischen Ohnmacht fortgeschrieben bzw. verstärkt, der gerade in der Illustrierten "Stern" beklagt wurde: "Dabei wären starke Gewerkschaften als gesellschaftlicher Orientierungsfaktor in Zeiten von Rezession und Massenarbeitslosigkeit besonders wichtig. Doch der DGB und die Einzelgewerkschaften sehen machtlos zu, wie in Bonn Sozialabbau betrieben und wie die finanziellen Lasten der Einheit dem kleinen Mann (den Frauen natürlich auch, F.D.) aufgebürdet werden" (Stern, 3/93, S. 115).

die DGB-Gewerkschaften im internationalen Vergleich die Krisenprozesse der 70er und frühen 80er Jahre relativ erfolgreich durchstanden haben, dann ist dies auch darauf zurückzuführen, daß 1. eine politische Bereitschaft zum aktiven Widerstand gegen die neokonservative Politik vorhanden war, und daß 2. mit dem Kampf um die Arbeitszeitverkürzung ("35-Stunden-Woche") ein ausstrahlungsfähiges, alternatives Gestaltungskonzept entwickelt wurde.

²² Vgl. dazu neuerdings E. Altvater, Der Preis des Wohlstandes oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung, Münster 1992; Club of Rome, Die globale Revolution, Spiegel-Spezial, Hamburg 1991.